

Die Jahre nach dem „Ja“

■ JOANA RADZYNER



Joana Radzyner war bis Dezember 2009 ORF-Korrespondentin in Tschechien, der Slowakei und Polen.

Es ist schwer, eine Stimmung wiederzugeben, die unwiederbringlich verfliegen ist und aus der ernüchternden Perspektive späterer Erfahrungen hie und da sogar verleugnet wird. Und doch ist es diese von großen Hoffnungen und diffusen Ängsten getränkte Aufbruchsstimmung des Jahres 2003, die Millionen Menschen in Ostmitteleuropa in den national organisierten EU-Beitritts-Referenden mit „ja“ stimmen ließ und die gesellschaftspolitische Legitimation für die bisher größte EU-Erweiterung schuf. Sicher, da gab es schon damals Skeptiker und Gegner. Manche befürchteten, wie Tschechiens Präsident Václav Klaus, dass sich ihr Land in der EU wie ein Stück Würfelzucker in einer Kaffeetasse auflösen würde, andere warnten wiederum, wie Polens Ultrakatholiken, vor der Ansteckung der Heimat durch den werte- und gottlosen Westen. Aber die demokratisch gewählten politischen Eliten und die mehrheitlich EU-freundlichen Medien hatten die stärkeren Argumente.

Trotz hartnäckigen Widerstands Moskaus hatten sich die bis 1989 kommunistisch beherrschten Länder Ostmitteleuropas nach jahrelangem Warten im sicherheitspolitischen Niemandsland die Aufnahme in das westliche Verteidigungsbündnis der NATO erkämpft. Jetzt habe man das Recht, auch politisch im Westen verankert zu sein. Immerhin habe man bereits schmerzliche Opfer gebracht, um die Voraussetzungen für die EU-Mitgliedschaft zu erfüllen. Zahllose Betriebe waren stillgelegt, Millionen Menschen hatten ihre Jobs und die ihnen im kommunistischen Wohlfahrtsstaat verbürgte soziale Sicherheit verloren.

Das eindeutige „Ja“ zur Integration in die EU in den Volksabstimmungen des Jahres 2003 war ein beachtenswerter Ausdruck politischer Reife.

Die „alten“ Europäer hatten die Entwicklung jenseits des niedergerissenen „Eisernen Vorhangs“ mit Misstrauen, ja vielerorts sogar mit Ablehnung verfolgt. Da waren Ängste vor gefährlicher Billigkonkurrenz am Arbeitsmarkt und vor „nationaler Unterwanderung“, vor steigender Kriminalität und sinkendem Lebensstandard. Aber auch erweiterungsfreundlichen Politikern war mulmig: Die überraschende, mit Brüssel nicht abgesprochene Teilnahme mehrerer ostmitteleuropäischer Kandidatenstaaten an der „Koalition der Willigen“ des George W. Bush im Krieg gegen den Irak im Frühjahr 2003 wurde als Affront empfunden und als Vorbote eines auf sicherheitspolitischer Ebene programmatischen Schulterschlusses der „Neuen“ mit den USA gewertet. Die inzwischen geplante Stationierung von Komponenten eines zumindest offiziell gegen den Iran gerichteten US-Raketenabwehrsystems in Polen und einer dazugehörigen Radaranlage in Tschechien hat diese Vorahnung inzwischen bestätigt.

Grundsätzliche Differenzen haben von Beginn an auch die Beziehungen zu Moskau geprägt. Während Staaten wie Deutschland in Russland einen wichtigen Handelspartner sehen, drängen die leidgeprüften postkommunistischen EU-Staaten auf Distanz.

Ja, es gibt sie, die unterschiedlichen Erinnerungskulturen von „alten“ und „neuen“ Europäern, es gibt unterschiedliche Reflexe und immer noch weit auseinanderklaffende Lebensstandards – aber von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr rückt man einander näher.

Blinder Optimismus wäre vor dem Hintergrund der EU-Schuldenkrise und wachsender nationaler Entsolidarisierung allerdings fehl am Platz. ■